Sehr geehrte Frau Henzen,

bezüglich der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Lütow gibt es von Seiten des Forstamtes Neu Pudagla folgende Bedenken, Hinweise und Anregungen:

1. Änderungsgebiet 1: Das Änderungsgebiet umfasst neben den ursprünglich als Campingplatz genutzten Flächen auch einen benachbarten ungenehmigten Campingplatz sowie anschließende Erweiterungsflächen im östlichen Teil. Um die vorhandene Nutzung in einen rechtlichen Rahmen zu überführen, wird die Ausweisung des ursprünglichen Campingplatzes als Sondergebiet Camping befürwortet. Hier befindet sich z.Z. der Bebauungsplan Nr. 9 in Arbeit. Um für die angrenzenden, illegal als Campingplatz genutzten Waldflächen ebenfalls einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, wird auch hier eine Festsetzung als Sondergebiet Camping befürwortet.

Für beide Flächen kann im Zuge des F-Plan-Verfahrens eine Walddumwandlungsgenehmigung in Aussicht gestellt werden. Die in Aussichtstellung erfolgt jeweils unbeschadet privater Rechte Dritter und berührt die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen Genehmigungen sowie sonstige behördliche Entscheidungen oder Anzeigen an andere Behörden nicht. Daher steht die Umwandlungserklaerung unter dem Vorbehalt der Erteilung des Einvernehmens der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde die sich hierzu im Verfahren äußern muss. Im Anschluss an einen rechtskräftig gewordenen Flächennutzungsplan ist im noch durch zuführenden Umwandlungsgenehmigungsverfahren nach § 15 LWaldG das Einvernehmen der
UNB nach § 42 NatSchAG für die Erteilung einer Umwandlungsgenehmigung zwingend erforderlich.

Die Erweiterung des Campingplatzes um ein Ferienhausgebiet in den angrenzenden östlichen, bisher nicht bebauten Waldflächen auf den Flurstücken 30/10 und 30/11 kann dagegen nicht befürwortet werden.

Für den ebenfalls in diesem Sondergebiet befindlichen Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 8 wurde bereits eine Waldumwandlung durchgeführt.

2. Änderungsgebiet 2: Das Änderungsgebiet umfasst eine gewerblich genutzte Fläche an einem kleineren Waldstück. Wir verweisen hier vorsorglich auf die Einhaltung des gesetzlich geforderten Waldbstandes.


4. Änderungsgebiete 5; 6 und 7: Von diesen Änderungsgebieten werden forstliche Belange nicht berührt.


7. Vorsorglich möchten wir, nicht nur in Bezug auf die Änderungsgebiete, auf die Einhaltung des gesetzlich geforderten Waldbstandes hinweisen

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

Adolphi
- Forstamtsleiter -
STELLUNGNAHME DES BERGAMTES STRALSUND

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Ihnen zur Stellungnahme eingereichte Maßnahme

Vorentwurf 2016 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Lütow (Fassung vom 17.11.2016)

berührt bergbauliche Belange nach Bundesberggesetz (BBergG).

Im Bereich der Gemeinde bzw. im Gemeindegebiet befinden sich das Bergwerkseigentum „Lütow-Krummin“ und außerhalb des Bergwerkseigentums die Erlaubnis „Grimmen 2“ zur Erkundung/Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen (siehe auch beigefügte Übersichtskarte).

Bergwerkseigentum „Lütow-Krummin“


Im Rahmen der Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen (Erdöl/Erdgas) sind zu DDR-Zeiten bereits mehrere Bohrungen abgeteuft worden. Im Jahr 1966 begann die Erdölförderung in der Lagerstätte Lütow. Der andauernden Erdölgewinnung und
-aufbereitung im Bereich der Lagerstätte Lütow liegt ein vom Bergamt Stralsund zugelassener Hauptbetriebsplan zugrunde. Aktuell ist davon auszugehen, dass die Förderung mit rund 3000 Tonnen Erdöl pro Jahr weiterhin wirtschaftlich betrieben wird.

Die bestehende und genehmigte Erdölförderung ist gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 2 i.V.m. Abs. 2 Nr. 8 BauGB in Planzeichnung und Begründung des Flächennutzungsplans nachvollziehbar und angemessen zu berücksichtigen.


<table>
<thead>
<tr>
<th>Bohrung</th>
<th>Rechtswert</th>
<th>Hochwert</th>
<th>Zustand</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>E Kru 4/66</td>
<td>5426764,8</td>
<td>5989861,5</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Gmiz 1/65</td>
<td>5428050,5</td>
<td>5989909,1</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 1/67</td>
<td>5427809,5</td>
<td>5990167,8</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 2/66</td>
<td>5426487,1</td>
<td>5989001,4</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 4/69</td>
<td>5427182,3</td>
<td>5990201,4</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 5/68</td>
<td>5427757,5</td>
<td>5989919,7</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 6/66</td>
<td>5428721,6</td>
<td>5989528,0</td>
<td>in Betrieb</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 7/66</td>
<td>5427688,8</td>
<td>5989498,0</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 8/68</td>
<td>5428221,8</td>
<td>5989705,7</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 9/67</td>
<td>5427734,2</td>
<td>5990384,6</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 10/68</td>
<td>5428593,8</td>
<td>5989353,9</td>
<td>in Betrieb</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 11/67</td>
<td>5428233,6</td>
<td>5989485,5</td>
<td>in Betrieb</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 12/67</td>
<td>5428637,1</td>
<td>5989110,1</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 13/67</td>
<td>5427501,7</td>
<td>5989941,7</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 14/67</td>
<td>5428941,1</td>
<td>5989325,1</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 15/68</td>
<td>5428128,7</td>
<td>5989165,3</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 16/69</td>
<td>5429622,7</td>
<td>5988935,0</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 17/68</td>
<td>5428807,3</td>
<td>5989213,6</td>
<td>in Betrieb</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 18/67</td>
<td>5426968,2</td>
<td>5990139,8</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 20/68</td>
<td>5427134,9</td>
<td>5989844,1</td>
<td>in Betrieb</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 21/68</td>
<td>5427384,9</td>
<td>5990350,3</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 23/68</td>
<td>5426895,0</td>
<td>5990191,0</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 25/68</td>
<td>5427820,4</td>
<td>5989673,8</td>
<td>in Betrieb</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 26/69</td>
<td>5427510,0</td>
<td>5989672,0</td>
<td>in Betrieb</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 27/68</td>
<td>5428417,9</td>
<td>5989874,8</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 28/69</td>
<td>5428924,2</td>
<td>5989391,4</td>
<td>in Betrieb</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 29/70</td>
<td>5428988,9</td>
<td>5989463,7</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 30/69</td>
<td>5429552,1</td>
<td>5988961,1</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 31/70</td>
<td>5429703,3</td>
<td>5988751,4</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 35/68</td>
<td>5428013,0</td>
<td>5989374,0</td>
<td>verwahrt</td>
</tr>
<tr>
<td>E Lto 50/70</td>
<td>5428525,5</td>
<td>5989546,2</td>
<td>in Betrieb</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Einige dieser Tiefbohrungen wurden bereits verwahrt und die Betriebspunkte inkl. Bohrschlammmgruben zurückgebaut. Das Vorhandensein von Einrichtungen (z.B.


Zu den Betriebspunkten mit den nicht verwahrten Bohrungen (in Betrieb) inkl. dazugehöriger Betriebsanlagen sowie zur Feldzentrale ist ein entsprechender Sicherheitsabstand einzuhalten. Betriebspunkte der nicht verwahrten Bohrungen sollen als Flächen gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 2 BauGB in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.

Gemäß § 18 Abs. 1 Tiefbohrverordnung (BVOT) Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich ein Sicherheitsabstand von mindestens 60 m, der um die Bohransatzpunkte der nicht verwahrten Bohrungen zu gewährleisten ist.

Die Zuwegungen (Zufahrten) zu den Betriebspunkten (Sondenplätze) sowie der Feldzentrale müssen für die Erdölgewinnung sowie damit verbundene Wartungsarbeiten jederzeit mit Schwerlastverkehr gewährleistet sein. Weiterhin ist die Nutzung der Zuwegungen zu diesen Betriebspunkten für den Betrieb der Bohrungen inkl. dazugehöriger Betriebsanlagen erforderlich (Betrieb, Wartung, Instandsetzung, Ertüchtigung etc.). Beispielsweise befindet sich der Abschnitt 3.6 des im Flächennutzungsplanes 2016 beschriebenen Änderungsbereich 7 über den Zuwegungen zu den Bohrungen E Lto 25/68 und E Lto 26/69 und ist zu überarbeiten.


Der derzeitige Vorentwurf des Flächennutzungsplans weist den Bereich der bergbaulichen Anlagen zur Gewinnung und Aufbereitung von Erdöl als landwirtschaftlichen Flächen aus. In Abstimmung mit Unternehmen sind unter Berücksichtigung des aktuellen Betriebsplanes Flächen für die Gewinnung von Bodenschätzen gemäß § 5 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 Nr. 8 BauGB auszuweisen.
Erlaubnis „Grimmen 2"


Im Rahmen der Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen hat die Erlaubnisinhaberin die Erkundungsbohrung E Lto 51/2012 abgeteuft. Nach der Verwahrung wurde auch der Betriebspunkt zurückgebaut. Eine Überbauung der verwahrten Bohrungen in einem Umkreis von 15 m um den Bohransatzpunkt ist auszuschließen.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bohrung</th>
<th>Rechtswert</th>
<th>Hochwert</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>E Lto 51/12</td>
<td>4532734,1</td>
<td>6020783,8</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Für eine Abstimmung der oben genannten Themen sowie des gesamten neu aufgestellten Flächennutzungsplanes 2016 wenden Sie sich bitte an die Inhaber der o.g. Bergbauberechtigungen.

Aus Sicht der vom Bergamt Stralsund zu wahren Belange werden keine weiteren Einwände oder ergänzenden Anregungen vorgebracht.

Zur rechtssicheren Berücksichtigung aller bergbaulichen Belange im vorliegenden Flächennutzungsplan stehen wir Ihnen gerne für ein Beratungsgespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf
Im Auftrag

Alexander Kattner
Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Lütow

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übergabe der Unterlagen zum im Betreff genannten Vorhaben.

Nach Prüfung nehme ich aus Sicht der Abteilung Naturschutz, Wasser und Boden wie folgt Stellung:

Küsten- und Hochwasserschutz:

Entsprechend der Richtlinie 2-5/2012 "Bemessungshochwasserstand und Referenzhochwasserstand" des Regelwerkes Küstenschutz M-V beträgt das Bemessungshochwasser (BHW), welches einen Ruhewasserspiegel darstellt und nicht den mit Hochwasser einhergehenden Seegang berücksichtigt, sowohl für die Krummer Wieck als auch für das Achterwasser 2,10 m NHN.


Im vorliegenden FNP sollten die vorhandenen Deichflächen inklusive eines 20 m breiten Streifens (s.o.) vom landseitigen Deichfuß sowie eines 3 m breiten Schutzstreifen vom seeseitigen Deichfuß als Freihalteflächen für die Wasserwirtschaft / den Hochwasserschutz gekennzeichnet werden (vgl. § 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB).

Auch infolge des unzureichenden Schutzniveaus der vorhandenen Deiche ist eine Überflutungsgefährdung für Bereiche, die unterhalb einer Geländehöhe des BHW von 2,10 m NHN liegen, nicht auszuschließen. Entsprechend der topografischen Karte sind aufgrund des natürlichen Geländeneigens insbesondere die Insel Görnitz sowie die südöstlichen, östlichen und nördlichen Bereiche des Flächennutzungsplanes betroffen. Im FNP wurden ausgewählte Flächen als festgesetzte Überschwemmungsgebiete gekennzeichnet. Mit dem Begriff Überschwemmungsgebiete stellt das Wasserhaushalts gesetz (vgl. § 76 WHG) auf oberirdische Gewässer (Fließgewässer; keine Küstengewässer) ab, die durch die Landesregierung durch Rechtsverordnung festgesetzt werden. Dies trifft hier nicht zu.

Darüber hinaus wurden im vorliegenden FNP lediglich Bereiche dargestellt, die innerhalb einer ausgewählten „Kachel“ einer topografischen Karte bei Wasserständen über 3 m NHN (entspricht etwa dem Bemessungshochwasser der Außenküste) potentiell überflutet sind. Maßgeblich für die potentielle Überflutungsgefahr sind jedoch das „Binnen-BHW“ von 2,10 m NHN sowie die vorhandenen Geländehöhen (siehe Anlage 2 – Übersicht pot. bei Überflutung Lütow Wstd.: + 2,10 m NHN). Ich bitte im FNP um Darstellung dieser potentiell überflutungsgefährdeten Bereiche als „Fläche, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind“ (vgl. § 5 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauGB). Grundsätzlich sollte allerdings eine (insbesondere Wohn- und Beherbergungs-) Bebauung in diesen Bereichen unterbleiben.


Ich weise darauf hin, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern keinerlei Haftung für Schäden infolge von Sturmfluten übernimmt, unabhängig davon, ob der Standort durch eine Küstenschutzanlage gesichert war oder nicht.

Desweiteren können aus der Realisierung der Planung dem Land gegenüber keine Ansprüche abgeleitet werden, um nachträglich die Errichtung von Hochwasser- und Sturmflutschutzanlagen zu fordern.

Altlasten / Bodenschutz
Laut digitalem Bodenschutz- und Altlastenkataster (dBAK) M-V sind im Plangebiet nur zwei Altstandorte (Erdölbohrungen) und eine abgedeckte Altablagerung bei Neuendorf (dBAK-Kennung AA_Z_75_0138) als altlastenverdächtige Flächen bekannt (s. Anlage 3).
Es wird empfohlen bei der für das Altlastenkataster zuständigen unteren Bodenschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald und beim Bergamt M-V zu recherchieren, ob dies dem aktuellen Sachstand entspricht. Allein die Anzahl der hier bekannten Bohrläufe im Plangebiet (Erdölerkundung und -förderung) liegt bei mehr als zehn.


Für die nähere Umgebung der fündigen Bohrung E Lto 30a/969 besteht ein Altlastenverdacht, welcher nicht ausgeräumt werden konnte. Handhabungsverluste mit Rohöl sind wahrscheinlich. Da im Nahbereich bauliche Anlagen vorhanden sind, sollte der Bereich im Radius von ca. 100 m um die o.g. Koordinate vorsorglich im Sinne des § 9 Abs. 5 Nr.3 BauGB („für bauliche Nutzungen vorgesehene Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind“) gekennzeichnet werden.

Aus Sicht der von meinem Amt zu vertretenden Belange des Immissionsschutz- und Abfallrechts bestehen zur o. a. Planungsabsicht keine grundsätzlichen Bedenken.


Es wird empfohlen, auf eine Prüfung der Erforderlichkeit von Maßnahmen zur Minderung von Lärm oder anderen Emissionen und entsprechende Festlegungen in der nachgeordneten Ebene der Bebauungsplanung zu verweisen bzw. sich daraus ergebende Bewertungs- und Prüfungsergebnisse zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

Matthias Wolters
Anlage I
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Vorhaben:
Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Lütow, Landkreis Vorpommern-Greifswald
Abteilung Geologie, Wasser und Boden

Die Abteilung Wasser des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (LUNG) gibt nachfolgende Stellungnahme ab:

Flächennutzungsplan, Vorentwurf-Begründung
Kap. 3 Planerische Rahmenbedingungen, Kap. 3. Übergeordnete Planungen und rechtliche Festsetzungen, Berücksichtigung der Hochwasserrisikomanagementplanung


¹ Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert d. Art. 8 d. Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722), siehe § 1 Abs. 6 Nr. 7 g), „Darstellungen von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasserrechts“.
² Die pdf-Karten stellen die offiziellen Karten zur EU-Berichterstattung gemäß HWRMRL, hier Artikel 6, dar. Die Darstellung der Hochwassergerfahren- und Hochwasserrisikokarten beschränkt sich daher nur auf die Risikogebiete nach HWRM-RL. D.h., dass nur Abschnitte dargestellt werden, die:
  - potenziell von Überflutungen betroffen sein können und gleichzeitig
  - ein hohes Schadenspotenzial aufweisen.

Flächen, die prinzipiell auch von Überflutungen betroffen sein können, jedoch kein oder nur ein geringeres Schadenspotenzial aufweisen, werden im Rahmen der HWRM-RL nicht betrachtet und sind folglich auch nicht in den Darstellungen erfasst.
Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

J.-D. von Weyhe

---


Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Lütow

Sehr geehrte Damen und Herren,


Weiterhin sieht das Konzept vor, dass nach der Erweiterung der Kläranlage Zinnowitz auch die Gemeinde Lütow, mit dem Ortsteil Lütow an die öffentliche leitungsgebundene Abwasseranlage angeschlossen wird.
Ob auch der Anschluss des Campingplatzes Lütow wirtschaftlich ist, bleibt noch zu klären. Aber mit Blick auf die Umwelt und Natur wäre der Anschluss zu bejahen.


Im Ergebnis müssen wir Ihnen mitteilen, dass der Zweckverband Insel Usedom der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes nicht zustimmen kann. Unsere Ablehnung gilt so lange, bis die Erweiterung der Kläranlage abgeschlossen ist. Ausgenommen davon sind Änderungsbereiche deren Eigentümer eine private Kläranlage errichten bzw. wo eine Kläranlage betrieben wird.

Mit freundlichen Grüßen

Mirko Saathoff
Geschäftsführer

Mario Tessmer
Leiter Anschlusswesen
Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Lütow

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie unsere Stellungnahme zum o.g. Vorhaben. Sollten in der weiteren Projektbearbeitung Änderungen zu den vorgelegten Unterlagen erfolgen, welche die Belange des WBV „Insel Usedom-Peenestrom“ berühren, möchten wir erneut informiert werden. Gegebenenfalls müssen dann die von uns getroffenen Aussagen und Forderungen neu beurteilt werden.


Weiterhin möchte ich darauf hinweisen, dass bei Bebauungen am Graben landseits der Böschungsoberkante eine Unterhaltungsstrasse in ausreichender Breite (mind. 5m) freigehalten werden muss. Es ist unbedingt darauf zu achten, dass keine Anlagen an Gräben entstehen dürfen, die die Gewässerunterhaltung behindern bzw. nicht mehr ermöglichen.

Mehrkosten im Sinne des § 65 des LWaG sind vom Eigentümer des Grundstücks zu ersetzen.

Ausnahmegenehmigungen zum Unterhaltungsstreifen und Einleitungen in das Grundwasser oder in Gewässer II. Ordnung erteilt die Untere Wasserbehörde des Landkreises V-G mit Sitz in Ankiam.
Eine Kopie der Wasserrechtlichen Erlaubnis ist dem WBV Insel Usedom-Peenestrom zur Verfügung zu stellen. Vor Baubeginn sind alle erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigungen einzuholen.

Geplante Bauarbeiten im Gewässerrandstreifen, sind dem Verband rechtzeitig anzuzeigen.


Die Gewässerunterhaltung erfolgt im Regelfall durch Kettenbagger mit Krautkorb. Die Geräte für die Gewässerunterhaltung sind zwischen 09 t bis 20 t schwer.


Die Gemeinde Lütow ist an den Einzugsgebieten der Schöpfwerke Netzelkow; Mellsee und Strummin beteiligt.

Das Einzugsgebiet eines Schöpfwerkes umfasst die Grundstücke des Niederschlagsgebiets, die Kosten für die Unterhaltung und den Betrieb des Schöpfwerkes werden auf die Grundstücke des Einzugsgebietes umgelegt.

Gegen Einleitung von Niederschlagwasser ist grundsätzlich nichts einzuwenden
Es ist jedoch folgendes zu beachten:
Für geplante Einleitstellen ist das Rohrendstück zu ummauern und plangleich in den Böschungsverlauf zu integrieren.
Es ist mindestens eine Vorreinigung des anfallenden Niederschlagwassers über Schlammfang und Tauchwände notwendig. Die Funktionalität des Schlammfanges ist durch regelmäßige Reinigung durch den späteren Betreiber sicherzustellen.
Bei Verlegung der Zuleitung innerhalb Unterhaltungsstreifens ist auf ausreichende Überdeckung zu achten.

Medienleitungen (Wasser, Gas, Strom, Beleuchtung, Telefon, u. ä.) sind bei Gewässerquerverung in Schutzrohren zu verlegen.
Die Leitungen sind in einem Schutzrohr im Bereich der Gewässerquerverung mind. 0,8 m unter Graben- bzw. Rohrsohle zu verlegen.

Die Länge des Schutzrohres ist so zu wählen, dass das Rohr lagemäßig mindestens 1,00 m über die Böschungsoberkante des Grabens hinausgeführt werden kann.
Zum Kennzeichnen der Gewässerquerverung (Lage des Schutzrohres) außerhalb befestigter Wege können Hinweisteine, Hinweispfähle, Hinweisschilder usw. verwendet werden, welche außerhalb des Gewässereinschnittes, mit einem Abstand von 0,3 m zur Böschungsoberkante angeordnet werden sollten.
Im restlichen Bereich des Gewässerschutzstreifens sind Leitungen durch Schutzrohrverlegung bzw. ausreichende Überdeckung zu schützen (Belastung und Spurrinnen durch Bagger).


D:\Gemeinsame Dateien\StellungnahmenB_Plan_F_PlanLos3\Amt am Peenestrom, Neuaufstellung Flächenutzungsplan Gemeinde Lütow, 01_2017.doc
Alle mit geplanten Maßnahmen am Gewässer zusammenhängenden Kosten und Folgekosten werden durch den Antragsteller getragen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Christiane Loist
Geschäftsführerin
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange
Neuaufstellung FNP der Gemeinde Lütow

Ihre Anfrage vom 09.12.2016; Ihr Zeichen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem o. a. Schreiben baten Sie das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern (LPBK M-V) um Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange zu dem im Bezug stehenden Vorhaben.

Als Träger der in der Zuständigkeit des Landes liegenden Belange von Brand- und Katastrophenschutz wird wie folgt Stellung genommen:

Aus der Sicht der landesrelevanten Gefahrenabwehr bestehen beim Brand- und Katastrophenschutz keine Bedenken. Um gleichnamige kommunale Belange im Verfahren berücksichtigen zu können, sollten Sie jedoch die sachlich und örtlich zuständige Kommunalbehörde beteiligt haben.

Außerhalb der öffentlichen Belange wird darauf hingewiesen, dass in Mecklenburg-Vorpommern Munitionsfunde nicht auszuschließen sind.

Gemäß § 52 L BauO ist der Bauherr für die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften verantwortlich. Insbesondere wird auf die allgemeinen Pflichten als Bauherr hingewiesen, Gefährdungen für auf der Baustelle arbeitende Personen so weit wie möglich auszuschließen. Dazu kann auch die Pflicht gehören, vor Baubeginn Erkundungen über eine mögliche Kampfmittelbelastung des Baufeldes einzuholen.

Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) der in Rede stehenden Fläche erhalten Sie gebührenpflichtig beim Mustersbergungsdienst des LPBK M-V.

Ein entsprechendes Auskunftsersuchen wird rechtzeitig vor Bauausführung empfohlen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

gez. Jacqueline Babel
(elektronisch versandt, gültig ohne Unterschrift)
Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Lütow
Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Frau Henzen,
sehr geehrte Damen und Herren,


Im Jahr 1966 begann die Produktion aus der Bohrung Görmitz 1 nachgewiesenen Erdöllagerstätte Lütow. Die Förderung erreichte bereits 1970 mit 220.000 Tonnen pro Jahr ihren Höchststand. Die Gewinnungsarbeiten am Standort und die Aufbereitung an der Betriebsstelle Lütow dauern an.
Jüngst wurde der Hochtank auf der Feldstation durch einen 100 m³ doppelwandig zylindrisch liegenden Tank ersetzt, um auch die Aufbereitungsanlage komplett für die zukünftigen Produktionsjahre technisch auf neuestem Stand zu halten. Der Sonderbetriebsplan für den Rückbau des vorhandenen Hochtanks wurde der Bergbehörde durch den Bereich Rückbau bereits vorgelegt, der Rückbau ist geplant und zugelassen. Die Förderaktivitäten am Standort basieren auf einem vom Bergamt Stralsund zugelassenen Hauptbetriebsplan.


Unter den derzeit zu prognostizierenden wirtschaftlichen Entwicklungen sind die vollständige bergbauliche Verwahrung der Bohrungen, der Rückbau der Sondenplätze und der Rückbau der Feldzentrale nicht innerhalb der nächsten 10 Jahre beabsichtigt.

Die langjährige Erdölförderung ist charakteristisch für die Region und die Gemeinde. Diese Entwicklung und die aktuellen Aktivitäten sollen gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 2 BauGB im Flächennutzungsplan selbst und in der Erläuterung nachvollziehbar Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang bitten wir um Aufnahme und Abstimmung entsprechender Textpassagen.

Da wir als Energieunternehmen von der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes teilweise massiv betroffen sind, weisen wir auf die in der Gemeinde Lütow existierenden bergbaulichen Anlagen hin. Grundsätzlich darf für bestehende Anlagen und Betriebspunkte keine Verschlechterung eintreten.

Im Übrigen konnte der Betrieb Lütow im letzten Jahr auf 50 Jahre erfolgreiche Produktion zurückblicken.

Wie Sie dem beiliegenden Plan entnehmen können, befinden sich in dem Gebiet der Gemeinde Lütow mehrere erdverlegte Gas-/Ölleitungen, Lagerstättenwasserleitungen und Stromkabel sowie Bohrplätze mit verfüllten Bohrungen und Bohrungen, die in Betrieb sind.

Der Betrieb, die Wartung, die Instandsetzung und nicht zuletzt der Rückbau der Leitungen, Bohrungen und Bohrplätze sowie alle damit im Zusammenhang stehenden erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen dürfen durch den geplanten Flächennutzungsplan nicht beeinträchtigt oder gar verhindert werden. Wir bitten Sie, zu überprüfen, ob dies durch den Text des Vorentwurfs des Flächennutzungsplanes gewährleistet ist und erforderlichenfalls Änderungen vorzunehmen.

3.
Zu unseren Anlagen sind folgende Anforderungen und Einschränkungen zu beachten:

- Gemäß § 18 Abs. 1 Tiefbohrverordnung (BVOT) ist zu vorhandenen Bohrplätzen ein Sicherheitsabstand von 55 m, gemessen ab der Zaungrenze, von Bebauung freizuhalten.

- Die prinzielle Lage unserer Leitungen wird vor Ort an markierten Punkten durch Hinweisschilder angezeigt, welche nicht verändert, beschädigt oder beseitigt werden dürfen.

- Die Leitungen sind zur Sicherung ihres Bestandes in einem Schutzstreifen verlegt, bezogen auf die Rohrachse beträgt der Schutzstreifen:
  
  DN 150  4 m
  DN 150 ≤ DN 400  6 m

- Innerhalb des Schutzstreifens dürfen betriebsfremde Bauwerke, Anlagen und Leitungen nicht errichtet werden, Ausnahmen sind gesondert zu vereinbaren.

- Der Schutzstreifen muss befahrbar sein und eine einwandfreie Wartung und Instandhaltung der Transportleitung ermöglichen.

- Es ist auszuschließen, dass zusätzliche Druckbeanspruchungen auf die Anlagen wirken.

- Die Bedeckung der Anlagen darf nicht verändert werden.

- Die Lagerung von Material während der Bauphase darf auf unserem Schutzstreifen nicht vorgenommen werden.

- Messsäulen und die dazugehörigen E-Kabel, sowie die Hinweistifeln dürfen nicht verändert, beschädigt oder beseitigt werden.

- Die Zufahrt zu unseren Anlagen muss ständig gewährleistet sein. Eine zeitweilige Beschränkung von Straßen und Wegen, die der ENGIE als Zuwegung dienen, sind rechtzeitig vorher abzustimmen.
Die Angaben zur Lage von Anlagen der ENGIE sind solange als unverbindlich zu betrachten, bis die tatsächliche Lage in der Örtlichkeit durch Ortung bzw. Suchschachtung festgestellt wurde.

4. Laut dem derzeitigen Vorentwurf des Flächennutzungsplanes liegen unsere Anlagen in landwirtschaftlichen Flächen. Wir bitten, für die Flächen, auf denen sich unsere Anlagen befinden, die entsprechende Art der Bodennutzung anzugeben (Flächen für die Gewinnung von Bodenschätzen gemäß §5 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 Nr. 8 BauGB).


6. Laut dem derzeitigen Planungsstand ist das Gebiet, auf dem sich unsere Aufbereitungsanlage (Feldzentrale Lütow) befindet, gekennzeichnet als „für bauliche Nutzungen vorgesehene Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind“. Fraglich ist, warum die Fläche für bauliche Nutzungen vorgesehen werden soll. Zudem ist eine erhebliche Belastung mit umweltgefährdenden Stoffen nach unseren Erkenntnissen keinesfalls nachgewiesen. Diese Fläche muss u. E. ebenfalls als „Fläche für die Gewinnung von Bodenschätzen“ gemäß §5 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 Nr. 8 BauGB ausgewiesen werden.

Aufgrund der langfristigen Wirkungen der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes, möchten wir Sie bitten, unsere Anregungen und Belange im Rahmen des weiteren Verfahrens zu berücksichtigen und uns weiterhin zu beteiligen.

Diese Stellungnahme ersetzt nicht die bergbauliche Stellungnahme des zuständigen Bergamtes des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Stralsund, dem wir diese Stellungnahme ebenfalls zur Kenntnis geben.

Mit freundlichen Grüßen

ENGIE E&P Deutschland GmbH

[Unterschriften]

J. Kratter      F.-J. Evers
Landkreis Vorpommern-Greifswald
Die Landräti
Fachbereich II

Eingang

Amt Am Peenestrom
Gemeinde Lütow
Burgstr. 6
17438 Wolgast

Posteingang
Amt Am Peenestrom

Steuerort: Anklam, Lantzburger Allee 26
Amt: Amt für Kreisentwicklung
Sachgebiet: Bauleitplanung/Denkmalpflege

Auskunft erteilt: Herr Streich
Zimmer: 245
Telefon: 03834 8760-3142
Telefax: 03834 876093142
E-Mail: Viktore.Streich@kreis-vg.de

Sprechzeiten
Mo: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 18.00 Uhr
Di bis Do: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr
Fr nach Vereinbarung

Datum: 09.01.2017

Aktenzeichen: 06415-16-46
Grundstück: Lütow, OT Lütow, ~, OT Neuendorf; ;; Lütow, OT Netzelkow,
Gemarkung: Lütow
Flur:
Flurstück:

Vorhaben: Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Lütow
hier: Beteiligung Träger öffentl. Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB, Az. 01690-16

Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
hier: Vorentwurf zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Lütow

Sehr geehrte Damen und Herren,

Grundlage für die Erarbeitung der Gesamtstellungnahme bildeten folgende Unterlagen:
- Vorentwurf der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vom 17.11.2016
- Vorentwurf der Begründung vom 17.11.2016

Das dargestellte Vorhaben wurde von den Fachämtern des Landkreises Vorpommern-Greifswald beurteilt. Die Stellungnahmen der einzelnen Sachgebiete sind im Folgenden zusammengefasst. Bei der Umsetzung des Vorhabens sind die darin enthaltenen Bedingungen, Auflagen und Hinweise zu beachten und einzuhalten. Sollten Sie Nachfragen oder Einwände zu den einzelnen Stellungnahmen haben, wenden Sie sich bitte an die jeweiligen Ansprechpartner:

1. Gesundheitsamt
1.1 SG Hygiene-, Umweltmedizin und Hafenärztlicher Dienst
Ansprechpartner: Frau Wegener; Tel.: 03834 8760 2433

Die fachliche Stellungnahme des FG Hygiene-, Umweltmedizin und hafenärztlicher Dienst wird nachgereicht.
2. Amt für Kreisentwicklung

2.1 SG Bauleitplanung/DenkmalSchutz

2.1.1 SB Bauleitplanung

Ansprechpartner: Herr Streich; Tel.: 03834 8760 3142


Im weiteren Planverfahren sind folgende Hinweise, Anregungen und Bedenken zu beachten:

1. Die Gemeinde Lütow verfügt über einen wirksamen Flächennutzungsplan in der Fassung der 1. Änderung (FNP).
   Die Neuaufstellung des FNP bedarf einer Genehmigung.
4. Die Verfahrensvermerke sind auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen (s. gemeinsamen Einführungserlass zum Baugesetzbuch).
8. Zu den einzelnen Änderungsbereichen ist folgendes zu beachten:

Änderungsbereich 3

Änderungsbereich 4
Für die Neuausweisung sind die Kapazitäten zu benennen. Im Planverfahren ist sich mit den zu beachtenden Waldabstand und das geplante heranrückten der Wohnbebauung an die Sport- und Freizeitflächen auseinander zu setzen. Die Planung soll in der sogenannten zweiten Reihe des vorhandenen Bebauungsplans Nr. 3 erfolgen. Damit ist sich mit Nutzungskonflikten hinsichtlich der Beeinträchtigung der vorhandenen Ruhebereiche auseinander zu setzen.
Änderungsbereich 5
Es ist sich mit dem Altlastverdacht auseinander zu setzen.

Änderungsbereich 7
Geplant ist die Verbindung der beiden vorhandenen Siedlungsbereiche.
Im Planverfahren, insbesondere in der Umweltprüfung ist sich mit der bandartigen
Ausdehnung und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die Tierwelt auseinander zu
setzen.

Änderungsbereich 8
Aus den Unterlagen sind keine städtebauliche Gründe erkennbar, die zur geplanten
Verdichtung des Siedlungssplitters im Außenbereich führen sollen. Dafür befindet sich der
Standort in einem sehr sensiblen Landschaftsraum.
Weiterhin ist nicht erkennbar, dass die Voraussetzungen zur Ausweisung eines
Dorfgewebes vorliegen und auch nicht, dass der Bereich zu einem Dorfgeweb entwickelt
werden kann.
9. Eine für den Geltungsbereich des B-Plans Nr. 10 vorgesehene Teilfläche wurde im
Vorentwurf der Neuaufstellung des FNP als Dorfgeweb nach § 5 BauNVO dargestellt.
Diese Teilfläche befindet sich innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Insel Usedom mit
Festlandsgürtel“.
Nach § 4 sind in dem Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den
Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen,
sowie, wenn sie den Naturhaushalt schädigen, den Naturgenuss beeinträchtigen
oder das Landschaftsbild nachteilig verändern. Verboten ist insbesondere bauliche Anlagen
zu errichten oder wesentlich zu erweitern.
Die Errichtung baulicher Anlagen im genannten Bereich widerspricht dem Schutzzweck der
Verordnung und ist nach Prüfung der vorliegenden Unterlagen unzulässig.
Eine hierfür erforderlich Ausnahmegenehmigung wird seitens der unteren
Naturschutzbehörde gemäß Stellungnahme vom 02.01.2017 (Vorentwurf zum
Bebauungsplan Nr. 10) nicht in Aussicht gestellt.

10. Nach § 29 Abs.1 des NatSchAG M-V dürfen bauliche Anlagen an Küstengewässern in
einem Abstand von 150 Metern land- und seewärts von der Mittelwasserlinie nicht errichtet
werden. Der Geltungsbereich des B-Plans Nr. 10 befindet sich innerhalb des 150 m-
Abstandes zur Wasserlinie. Eine hierfür erforderliche Ausnahme wird seitens der unteren
Naturschutzbehörde gemäß Stellungnahme vom 02.01.2017 (Vorentwurf zum
Bebauungsplan Nr. 10) jedoch nicht in Aussicht gestellt.

11. Im weiteren Planverfahren ist die Vereinbarkeit mit den naturschutzrechtlichen
Rechtsbestimmungen so wie die Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung
nachzuweisen.

2.1.2 SB Bodendenkmalpflege
Ansprechpartner: Frau Dädelow; Tel.: 03834 8760 3145

Erläuterungen:
Denkmale sind gemäß § 2 (1) Denkmalschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (DSchG M-V)
Sachen, Mehrheit von Sachen und Teile von Sachen, an deren Erhaltung und Nutzung ein
öffentliches Interesse besteht, wenn die Sachen bedeutend für die Geschichte des Menschen, für
Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sind und
für die Erhaltung und Nutzung künstlerische, wissenschaftliche, geschichtliche, volkstückliche
oder städtebauliche Gründe vorliegen [ § 2 (1) DSchG M-V].

Gem. § 1 (3) DSchG M-V sind daher bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen die Belange des
Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu berücksichtigen.

Im Bereich des Vorhabens sind Bodendenkmale bekannt. (vergl. beiliegende Karten)
Das o.g. Vorhaben soll im Bereich „blauer und roter Bodendenkmale“ in der Gemarkung Völschow und „blauer Bodendenkmale“ in der Gemarkung Kronsberg ausgeführt werden. Diese sind gem. § 2 Abs. 1 u. 5 DSchG M-V geschützte Bodendenkmale.

Die Farbe Rot kennzeichnet Bodendenkmale, bei denen angesichts ihrer wissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Bedeutung einer Überbauung oder Nutzungsänderung - auch der Umgebung- gemäß § 1 Abs.3 DSchG M-V (vergl. auch § 7 Abs. 1b DSchG M-V) nicht zugestimmt werden kann.


Die Erdarbeiten im Bereich der blauen Bodendenkmale bedürfen gem. § 7 Abs. 1 DSchG M-V einer denkmalrechtlichen Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde.

Die denkmalrechtliche Genehmigung ist vom Bauherrn oder einem vom Bauherrn dafür Bevollmächtigten zu beantragen. Der Bevollmächtigte hat in seinem Antrag darzulegen für wen er die Genehmigung beantragt und die gem. § 14 VwVfG M-V dafür erforderliche schriftliche Bevollmächtigung dem Antrag beizufügen.

Soweit eine andere Genehmigung für o. g. Vorhaben gesetzlich vorgeschrieben ist, ersetzt diese Genehmigung gem. § 7 Abs. 6 DSchG M-V die denkmalrechtliche Genehmigung. In diesem Fall hat die Genehmigungsbehörde die Belange des Denkmalschutzes entsprechend dem DSchG M-V zu berücksichtigen und darf die Genehmigung nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege erteilen.

Hinweise:
Eine Beratung zur Bergung und Dokumentation von Bodendenkmalen erhalten sie bei der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde bzw. beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege.
Anschrift: Landesamt für Kultur und Denkmalpflege
Domhof 4-5
19055 Schwerin
Tel.: 0385 58879 111, Fax: 0385 58879 344

Die Inanspruchnahme einer Steuervergünstigung für beantragte Baumaßnahmen nach §§ 7i, 10f, 10g, 11b Einkommenssteuergesetz (ESTG) setzt voraus, dass die Maßnahmen vor Beginn ihrer Ausführung mit der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald als zuständige Bescheinigungsbehörde abgestimmt worden sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die denkmalrechtliche Genehmigung bzw. Baugenehmigung nicht die Abstimmung mit der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald im steuerrechtlichen Bescheinigungsverfahren ersetzt.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß für die Durchführung des Vorhabens gem. § 1 Abs. 3 i.V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 6 Denkmalschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (DSchG M-V) die
vorherige Beteiligung des Landesamt für Kultur und Denkmalpflege - als Träger öffentlicher Belange - erforderlich ist.

2.1.3 SB Baudenkmalpflege
Ansprechpartner: Frau Dädelow; Tel.: 03834 8760 3145
Durch das Vorhaben werden Belange der Baudenkmalpflege berührt.

Im Vorhabengebiet der Gemarkung Neuendorf und Netzkelow befinden sich Flurstücke die mit Objekten bebaut sind, welche in der Baudenkmalliste des Landkreises Vorpommern-Greifwald eingetragen sind. (s. Anlage Auszug aus der Baudenkmalliste)


Bauliche Maßnahmen am Baudenkmal bedürfen gem. § 7 Abs. 1 DSchG M-V einer denkmalrechtlichen Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde.

Soweit eine andere Genehmigung für o. g. Vorhaben gesetzlich vorgeschrieben ist, ersetzt diese Genehmigung gem. § 7 Abs. 6 DSchG M-V die denkmalrechtliche Genehmigung.

3. Umweltamt
3.1 SG Naturschutz/Landschaftspflege
Ansprechpartner: Frau Schreiber; Tel.: 03834 8760 3214

1. Umweltbericht
Der hier eingereichten Planungsunterlage ist kein Entwurf einer Scopingunterlage beigefügt worden.

Zur umfassenden Beurteilung des von der Gemeinde Lütow neu aufzustellenden Flächennutzungsplanes ist entsprechend § 2 Abs. 4 des BauGB für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a in der Neufassung des Baugesetzbuches vom 23.09.04, in der jetzt gültigen Fassung eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden; die Anlage 1 zu diesem Gesetzbuch ist anzuwenden. Die Gemeinde legt dazu für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist. Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessener Weise verlangt werden kann.

Im Zuge der Erarbeitung des Umweltberichtes ist auch eine umfassende Auseinandersetzung mit den Belangen des Landschaftsschutzgebietes „Insel Usedom mit Festlandgürtel“ vorzunehmen. Hierzu ist eine Auseinandersetzung mit der Betroffenheit des Landschaftsbildes, der Flächeninanspruchnahme im Landschaftsschutzgebiet vorzunehmen. Die Planänderungsbereiche 1,4,5, 6,7 und 8 befinden sich im Landschaftsschutzgebiet. Im Zuge der Alternativprüfung und der Darstellung des Bedarfes an Wohnraum ist dem Erhalt des Landschaftsschutzgebietes und des damit verbundenen Schutzzweckes ein umfassende Argumentation für die hier geplanten Flächeninanspruchnahmen beizufügen.
2. Festsetzungen im Karten und Textteil der Satzung

Nach § 5 Abs. 4 BauGB müssen folgende Planungen und Nutzungsregelungen, die naturschutzrechtlich festgesetzt wurden, entsprechend in den Karten- und Textteil des Flächennutzungsplanes übernommen werden:

Geschützte Biotope


Nationale Schutzgebiete

Für die nicht inkomunalisierten Flächen liegt die Zuständigkeit bei den nach § 5 NatSchAG MV zuständigen Fachbehörden für Naturschutz.

FFH- und SPA-Gebiete

Das Gemeindegebiet liegt außerhalb von FFH- und SPA-Gebieten, aber in unmittelbarer Nähe zum FFH-Gebiet Nr. DE 2049-302 „Peeneunterlauf, Peenestrom, Achterwasser und kleines Haff“. Erwähnt wird im Textteil bisher nur das Vogelschutzgebiet DE 1949-401 „Peenestrom und Achterwasser“ Es kann zurzeit nicht abgeschätzt werden, ob die geplanten Nutzungen erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigungen der Schutzgebiete zur Folge haben könnten. Im ersten Schritt bedarf es einer Vorprüfung, inwieweit das Projekt geeignet ist, die besonderen Schutzgebiete in ihren für die Erhaltungsziele oder den Schutzzwec maßgeblichen Bestandteilen erheblich oder nachhaltig zu beeinträchtigen. Falls im Rahmen der Vorprüfung eine Beeinträchtigung nicht ausgeschlossen werden kann, bedarf es laut Artikel 6 Abs. 3 der FFH-Richtlinie i. V. m. § 34 BNatSchG einer Verträglichkeitsprüfung. Es wird darauf verwiesen, dass der Erlass des Ministeriums zur Umsetzung der FFH-Richtlinie nicht mehr anzuwenden ist.
Im Rahmen der Prüfung auf FFH-Verträglichkeit ist auf das Fachinformationssystem des Bundesamtes für Naturschutz, insbesondere auf die aktualisierte Fachkonvention FFH aus dem Jahr 2007 von Lambrecht und Trautner zurückzugreifen.

Nationale Schutzgebiete in ausschließlicher Zuständigkeit des Landkreises


Nach § 4 sind in dem Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn sie den Naturhaushalt schädigen, den Naturgenuss beeinträchtigen oder das Landschaftsbild nachteilig verändern.
Verboten ist insbesondere:

1. Bauliche Anlagen zu errichten oder wesentlich zu erweitern,

2. Plätze aller Art, Straßen und andere Verkehrsflächen im Außenbereich, die vorher nicht befestigt waren, mit festem Belag anzulegen;


Der Landrat als untere Naturschutzbehörde kann Ausnahmen von den Verboten zulassen, wenn nachteilige Wirkungen insbesondere eine Beeinträchtigung des Schutzzweckes nicht zu erwarten oder durch Auflagen, Bedingungen oder Befristungen zu vermeiden sind.

Im Zusammenhang mit der Planungsanzeige zum B 10 ist dies im vorliegenden Fall nicht gegeben. § 26 BNatSchG führt hierzu abschließend aus

Landschaftsschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,

2. wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder

3. wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung.

Im Kommentar zum BNatSchG §26 Rdnr 26 von Schumacher / Fischer- Hüftle, 2 Auflage 2010, Verlag W. Kohlhammer, wird hierzu ausgeführt:


Der hier zur Nutzung vorgesehene Bereich befindet sich in einem Raum mit einer hohen bis sehr hohen Einstufung für das Schutzgut Landschaftsbild, einer geringen bis sehr hohen Einstufung für das Schutzgut Boden und in den Übergangszonen zu dem angrenzenden Naturschutzgebiet mit einer sehr hohen Bedeutung für das Schutzgut Flora / Fauna (Gutachtlicher Landschaftsrahmenplan Vorpommern, Erste Fortschreibung Oktober 2009).


Küstenschutzstreifen
Die Stellungnahme zum Küstenschutzstreifen im Zuge der Planungsanzeige bleibt bestehen.
4. Ausweisung von Nutzungen im Flächennutzungsplan

Hinweis zu Telekommunikationseinrichtungen
Es wird empfohlen, sich zu geplanten Telekommunikationseinrichtungen zu äußern.
Die Errichtung von Masten ist regelmäßig als Eingriff entsprechend § 12 NatSchAG M-V zu werten, welcher das Landschaftsbild erheblich und nachhaltig beeinträchtigt.
Bei der Beurteilung des Eingriffs ist zunächst die Vermeidbarkeit zu prüfen, z.B. dahinge hend, ob bereits vorhandene Bauwerke als Träger von Rf Funkanlagen genutzt werden können.
Die Auswirkungen von Masten auf die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege sind:

1. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes
2. bedingte Gefährdung der Avifauna
3. Flächeninanspruchnahme

Dabei ist in der Regel die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes die wichtigste Eingriffswirkung.
Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes besteht darin, dass durch die mit dem Eingriff verbundenen landschaftsästhetischen Bedürfnisse behindert wird.

Waldmehrungsflächen
Die Stellungnahme zur Planungsanzeige bleibt bestehen.

bestehende Bauflächen

Sondergebiet Kur

5. Landschaftsplan
Mit der Erarbeitung des Flächennutzungsplanes ist entsprechend § 11 Abs. 2 NatSchAG MV die Erarbeitung eines Landschaftsplanes vorgesehen.
Nach § 11 Abs. 2 des BNatSchG sind Landschaftspläne aufzustellen, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des § 9 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind.
Nach § 11 Abs. 3 BNatSchG sind die in den Landschaftsplänen für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in der Abwägung nach § 1 Absatz 7 des Baugesetzbuches zu berücksichtigen und können als Darstellungen oder Festsetzungen nach den §§ 5 und 9 des Baugesetzbuches in die Bauleitpläne aufgenommen werden.

3.2 SG Abfallwirtschaft/Immissionsschutz
3.2.1 SB Abfallwirtschaft und SB Bodenschutz
Ansprechpartner: Frau Werth; Tel.: 03834 8760 3236
Seitens der unteren Abfalldendichte und unteren Bodenschutzbehörde des LK VG bestehen zum o.g. Vorhaben unter Beachtung folgender Hinweise keine Einwände:
Alttästen
Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sind folgende Alttästverdachtsflächen (Altablagerungen, Alttästante), die bereits im Plan gekennzeichnet wurden, bekannt:

1. ehemalige Gemeindebeponie Neuendorf am Stützpunkt (oberflächig abgedeckt)
2. ehemalige Bergwerksbeponie E Lütow 6/66 (Deponie wurde bereits zurückgebaut, Restbelastungen sind noch im Grundwasser vorhanden)

Ergänzend ist anzumerken, dass große Teile des Planungsbereiches für die Erdölförderung genutzt wurden bzw. noch teilweise genutzt werden. Es wurden zahlreiche Bohrungen abgeteuft. Zum größten Teil wurden die Bohrplätze und noch vorhandenen Bohrschlammgruben bereits zurückgebaut.

3.2.1 SB Immissionsschutz
Ansprechpartner: Frau Mammitzsch; Tel.: 03834 8760 3261
Die untere Immissionsschutzbehörde stimmt dem Vorhaben unter Berücksichtigung folgender Hinweise und Auflagen zu:

Auflagen:
Die Pflichten der Betreiber und die Anforderungen an die Errichtung nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen ergeben sich aus den §§ 22 und 23 des BlmSchG. Insbesondere ist die Anlage so zu errichten und zu betreiben, dass
1. schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind und
2. nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß zu beschränken sind.

Es sind die Bestimmungen der Ersten bzw. Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum BImSchG (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) bzw. zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm)) sowie der Richtlinie zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmisionen in Mecklenburg-Vorpommern (Geruchsimmisions-Richtlinie M-V) einzuhalten.

Während der Bauphase sind die Bestimmungen der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmsschutzverordnung - 32. BImSchV) sowie die Immissionsrichtwerte der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm in der jeweils aktuellen Fassung einzuhalten.

3.3 SG Wasserwirtschaft
Ansprechpartner: Herr Wiening; Tel.: 03834 8760 3256
Die untere Wasserbehörde stimmt dem Vorhaben unter Berücksichtigung folgender Auflagen (A) und Hinweise (H) zu:

Zuständige Behörde für die Beurteilung des Vorhabens aus der Sicht des Küsten- und Hochwasserschutzes ist das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern. Die Wasserbehörde des SIALU Vorpommern ist durch das Bauamt gesondert zu beteiligen. (H)

Sollten bei der Erdarbeiten Dränungen oder auch andere hier nicht erwähnte Entwässerungsleitungen angetroffen und beschädigt werden, so sind sie in jedem Falle wieder funktionsfähig herzustellen, auch wenn sie zum Zeitpunkt der Bauarbeiten trocken gefallen sind. Der zuständige Wasser- und Bodenverband ist zu informieren.

Der Uferbereich von Gewässern II. Ordnung (Vorfluter) ist bei den Änderungen des Flächennutzungsplanes von einer Bebauung auszuschließen. (A)
Gemäß § 38 Abs. 3 WHG (im Außenbereich) gilt als Uferbereich die an die Gewässer angrenzende Fläche in einer Breite von 5 Metern jeweils landseits der Böschungsoberkante. (H)
Mit dem zuständigen WBV sind die gegebenenfalls die notwendigen Abstimmungen zu führen (Unterhaltungstrasse).

4. Bauamt

4.1 SG Hoch- und Tiefbau
Ansprechpartner: Frau Fuchs; Tel.: 03971 244670
Gegen das o.g. Vorhaben bestehen seitens des Sachgebiet Hoch- und Tiefbau/ Kreisstraßenmeisterei grundsätzlich keine Einwände.

Es erfolgt dann zum gegebenen Zeitpunkt eine gesonderte Stellungnahme des Sachgebietes Hoch- und Tiefbau/ Kreisstraßenmeisterei.

5. Kataster und Vermessungsamt

5.1 SG Geodatenzentrum
Ansprechpartner: Frau Mann; Tel.: 03834 8760 3411
Die fachliche Stellungnahme des SG Geodatenzentrum wird nachgereicht.

6. Straßenverkehrsamt

6.1 SG Verkehrsstelle
Ansprechpartner: Herr Wieczorek; Tel.: 03834 8760 3633
Seitens des Straßenverkehrsamtes bestehen zum o.g. Vorhaben (entsprechend eingerechter Unterlagen) grundsätzlich keine Einwände, wenn folgende Auflagen eingehalten werden:

- Vor dem Beginn von Arbeiten, die sich auf den Straßenverkehr auswirken, müssen die Unternehmer - die Bauunternehmer unter Vorlage eines Verkehrszeichenplans - von der unteren Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald verkehrsrechtliche Anordnungen (nach § 45 STVO, Abs. 1 bis 3) darüber einholen, wie ihre Arbeitsstellen abzusperren und zu kennzeichnen sind, ob und wie der Verkehr, auch bei teilweiser Straßensperrung, zu beschränken, zu leiten und zu regeln ist, ferner ob und wie sie gesperrte Straßen und Umleitungen zu kennzeichnen haben.
- Dem Antrag ist die entsprechende Aufgabe/- bzw. Sondernutzungserlaubnis des zuständigen Straßenbauleiters beizufügen.

7. Ordnungsamt

7.1 SG Brand- und Katastrophenschutz
Ansprechpartner: Frau Krüger-Lehmann; Tel.: 03834 8760 2816
Seitens der unteren Katastrophenschutzbehörde wird auf die Stellungnahme vom 28.04.2016 zur Planungsanzeige verwiesen.
Der Hinweis auf munitionsbelastete Flächen wurde in der Begründung zum Flächennutzungsplan unter Punkt 3.7.1. aufgenommen.

Die Zuständigkeiten und gesetzlichen Grundlagen sind jedoch wie folgt zu berichtigen:

Gemäß § 3 der Landesverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung) ist die Verhütung von Schäden durch Kampfmittel eine Aufgabe der Gefahrenabwehr. Sachlich zuständig für die Verhütung von Schäden durch Kampfmittel ist neben den örtlichen Ordnungsbehörden auch das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz (LPBK).


Es ist zu empfehlen, das Landesamt für Zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz M-V, Munitionsbergungsdienst, Graf- Yorck- Straße 6, 19061 Schwerin einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[Unterschrift]

Brehmer
Sachgebietsleiter

Anlagen
- Archäologische Fundstätten
- Auszug aus der Baudenkmalliste des LK VG
Archäologische Fundstätten – Blaue und Rote Bodendenkmale
### Liste der Baudenkmale des Landkreises Vorpommern-Greifswald

#### Gemeinde Lütow
**Amt Am Peenestrom**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Anschrift</th>
<th>Denkmalbezeichnung</th>
<th>Flur</th>
<th>Flurstück/e</th>
<th>Pos.Nr. OVP</th>
<th>Ifd. Nr.</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Dorfstraße 01 (alt Dorfstr. 02)</td>
<td>Gutshaus</td>
<td>12</td>
<td>79/3</td>
<td>1392</td>
<td>1.</td>
</tr>
<tr>
<td>Dorfstraße 02 (alt Dorfstr. 04)</td>
<td>ehem. Vorsteherhaus</td>
<td>12</td>
<td>97/3</td>
<td>1393</td>
<td>2.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Zur Stadt/Gemeinde gehörenden Ortsteile sind in den jeweiligen Gemarkungen erfasst.
Diese Liste ist nicht abgeschlossen und wird laufend aktualisiert. Es können neue Denkmale eingetragen; andere können gelöscht werden. Eine für Ihr Vorhaben verbindliche Aussage zum Denkmalstatus bekommen Sie auf Anfrage bei der unteren Denkmalschutzbehörde.

Zuletzt geändert am 16.12.2009